



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/11/1954 - 11.9.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21931-33
Fernschreiber 039890

Regierungsversprechungen, die nicht gehalten wurden	S. 1
Die Steuerpläne der Regierung	S. 3
Opfer einer Wahlverleumdung	S. 5
Forderungen der Bergarbeiter	S. 6
Adens Europa-Reise	S. 7

Ein Jahr nach der ersten Regierungserklärung

sp - Mit seinem Wiederezusammentritt beginnt der zweite Bundestag sein zweites Arbeitsjahr. Das ist Anlass genug, festzustellen, was die Bundesregierung von ihren Versprechungen verwirklicht hat. Wir wollen nicht von den Versprechen der Regierungsparteien im Wahlkampf ausgehen, sondern von der Regierungserklärung Dr. Adenauers, in der der Bundeskanzler manchen Erwartungen der CDU/CSU - Wähler bereits die ersten Dämpfer aufsetzte. Der Bundeskanzler kündigte an, dass die Bundesregierung Maßnahmen vorschlagen wolle "durch die die wirtschaftliche Lage der Rentner, Invaliden, Waisen und Hinterbliebenen weiter verbessert wird". Die Vorschläge der Regierung blieben leider aus.

Dann sagte Adenauer: "Die neue Bundesregierung wird die Vorarbeiten für die Durchführung einer Sozialreform energisch fördern und ein umfassendes Sozialprogramm vorlegen". Und was ist geschehen? Alles Drängen der Opposition hat nichts daran geändert, dass es bis heute kein umfassendes Sozialprogramm der Regierung gibt.

Besonderen Nachdruck legte Adenauer auf die Schaffung selbständiger Existenzen im Handwerk, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft. Den Gruppen des Mittelstandes sicherte er besondere Stützung zu. Man lese nur die Kommentare des Mittelstandsblocks, um bestätigt zu sehen, dass auch in dieser Frage die Taten nicht den Worten folgten.

Unter dem Beifall seiner Fraktion sagte der Bundeskanzler weiter: "Das Interesse nur einer Gruppe von Wirtschaftenden hat hinter dem Gesamtinteresse zurückzustehen." Wie hielt es Adenauer mit diesem Grundsatz? Es muß nur, um ein Beispiel zu nennen, auf die wiederholte

Einschaltung von Interessenvertretern der Industrie in die gesetzgeberische Vorarbeit der Regierung verwiesen werden, um deutlich zu machen, wie wenig sich die Regierung an diesen Grundsätzen gehalten hat.

Dass aus dem Versprechen einer organischen Steuerreform nichts geworden ist und einige Steuergesetze herauskamen, die nichts mit einer Reform aber alles mit einer Bevorzugung der Bezieher der höchsten Einkommen zu tun haben, hat sich inzwischen bis in die Mitgliedschaft der Koalitionsparteien herungesprochen. Aber es war ein Versprechen, von dessen Erfüllung gerade die Menschen, die die größten Belastungen der Wiederaufbauarbeit getragen haben, die verdiente Entlastung erhofften.

Die Familienpolitik, die Adenauer mit der Ernennung eines besonderen Ressortsministers so nachdrücklich unterstrich, ist ebenfalls nicht vorangekommen. Weder im Rahmen der Steuerreform noch bei ihrer Haltung gegenüber dem Kinderbeihilfengesetz hat sich die Bundesregierung zu den notwendigen Stützungsmaßnahmen bereitgefunden. Dass die Sonderminister entgegen Adenauers Versicherungen nicht dazu beigetragen haben, das Ansehen Bonn in der Öffentlichkeit zu vermehren, oder die Vertretung der Regierungspolitik erfolgreich zu machen, muß nicht noch erläutert werden. In der Außenpolitik wollen wir in diesem Zusammenhang auf das Zusammenbrechen aller Versicherungen von der EVG und der europäischen Integration gar nicht zu sprechen kommen. Die entsprechenden Stellen der Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 bleiben ein Beweis dafür, in welchem Maße diese zweite Bundesregierung Phantomen nachjagt. Von der Wiedervereinigung sagte Adenauer damals:

"Das oberste Ziel der Bundesregierung bleibt weiterhin die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Sie hat deshalb auch das in ihren Kräften Stehende beigetragen, dass eine Viererkonferenz zustandekommt und uns diesen Ziele näherbringt".

Ein knappes Jahr später lehnt die Bundesregierung einstimmig Bemühungen um das Zustandekommen einer neuen Viererkonferenz ab. Die deutsche Öffentlichkeit wird gut daran tun, bei der bevorstehenden Regierungserklärung zu Beginn des zweiten Arbeitjahres des Parlaments sich zu vergegenwärtigen, was von den Versicherungen und Versprechen der Regierungserklärung des Jahres 1953 gehalten worden ist. So viel wie nichts.

Millionen Besiegte in der Steuerschlacht?

F.B. Man soll nicht prophezeien, aber wenn die Beratungen im Finanz- und Steuerausschuss des Bundestages und später im Plenum so weitergehen wie bisher, dann wird es nach der Steuerschlacht Millionen Besiegte mit kleinen und mittleren Einkommen und einige tausend Sieger geben, deren einzige "Sorge" jetzt schon darin besteht, ihre hohen und höchsten Gewinne noch gewinnbringender anzulegen.

Die Bundesregierung hat auch gar keine Skrupel, das in aller Öffentlichkeit zuzugeben. Aus ihren eigenen Unterlagen ergibt sich, dass bei einer Gesamtsenkung bei der Einkommensteuer von 1600 Mio DM allein über 30 % (480 Mio DM) auf die Einkommen über 50.000,-DM entfallen. Diese horrenden Summe dürfen sich dann rd. 20000 Einkommenbezieher von den etwa 16 Millionen insgesamt Steuerpflichtigen teilen.

Von der Bundesregierung bedacht werden schließlich auch noch die Einkommensgruppen über 15.000,-DM im Jahr, die nach den Vorlagen der Bundesregierung rd. 400 Mio DM an Steuern ersparen können. Das sind rd. 140000 Fälle. Etwa 160000 Personen in der Bundesrepublik, die schon heute nicht den geringsten Grund zur Klage haben, werden also profitieren, während rd. 15,8 Millionen Steuerzahler weiter zuzahlen müssen. Nach dem grandiosen Wahlsieg vom 6. September hat man nämlich keinerlei Ursache mehr, dem kleinen Mann Sand in die Augen zu streuen. Die unteren Einkommen bis 9.000,- DM erhalten zwar von den rd. 1,6 Mrd Steuersenkung 340 Mio, aber nur rechnerisch, denn dafür fallen die Freibeträge für Vertriebene und Totalgeschädigte fort, die Überstunden werden schärfer besteuert, die Schraube der Haushaltsbesteuerung wird angezogen und so ergibt sich für diese Einkommensgruppe mit der Millionenzahl eine Mehrbelastung von 50 bis 100 Mio DM.

Aber wie gesagt, die Bundesregierung leugnet diesen Tatbestand gar nicht und verweist in ungewohnter Bescheidenheit darauf, dass man ja die Entlastung durch die erste kleine Tarifreform mitrechnen müsse. Mit anderen Worten: Was man vor den Wahlen in B-Pfennigen gegeben hat, auf dass es am 6. September 1953 sich in CDU-Stimmen niederschlägt, wird jetzt, nachdem man die Schäflein im Kral hat, rücksichtslos wieder abgenommen.

Doch selbst diese Regelung ist den CDU-Abgeordneten, die der sogenannten Wirtschaft nahestehen, nicht genug. Diese Kreise wünschen noch eine Herabsetzung des Tarifplafonds von 55 auf 52,5 % und eine durchlaufende Ermäßigung der Steuersätze um 2,5 %. Selbstverständlich nur mit der Begründung, dass man den kleinen Einkommen Erleichterungen verschaffen will, aber man sagt nicht, dass man den kleinen Einkommen damit nur wenige Pfennige schenkt, während sich diese Regelung bei den hohen und höchsten Einkommen in Tausenden von DM niederschlägt.

Die sozialdemokratischen Vertreter im Finanz- und Steuerausschuß haben nicht nur Kritik geübt. Sie haben versucht, konstruktiven Vorschlägen eine Mehrheit zu sichern. Alle ihre Anträge aber, die den Einkommensgruppen bis 12.000,-DM Vorteile verschafft hätten, das sind 98,5 % der Steuerpflichtigen, die fast 90 % des versteuerten Einkommens umfassen, wurden rücksichtslos abgelehnt. Ihr Vorschlag zur Erhöhung der Freibeträge von je 1.000,-DM für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau wurde abgelehnt und konsequent weigerte sich der Bundesfinanzminister auch, die unsozialen indirekten Steuern, die Arme und Reiche gleichermaßen treffen, zu ermäßigen. Im Gegenteil, man hat auch noch die Umsatzsteuerfreiheit der öffentlichen Versorgungsbetriebe beseitigt, so dass zu befürchten steht, dass auch noch auf diesem Wege die Tarife für Gas, Licht und Wasser erhöht werden.

Die Koalitionsparteien haben so klar zu erkennen gegeben, dass sie an ihrer seit Jahren unsozialen Steuergesetzgebung festhalten wollen. Ja, sie streben noch eine weitere Verschiebung zugunsten der höheren Einkommen an. Trotzdem wird die Sozialdemokratische Fraktion ihren Kampf nicht aufgeben. Wenn es nach der Steuerschlacht Millionen Besiegte geben wird, dann sollen sie zumindest in aller Klarheit wissen, wer sie geschlagen hat und nicht wenige werden dann hoffentlich erkennen, dass sie sich selbst mit dem CDU-Stimmschein die Niederlage bereitet haben.

+

+

+

Der wirklich Schuldige ging frei aus

Pe - Vor einigen Tagen hat das Schöffengericht in Bitburg den katholischen Pfarrer Dr. M o l i t o r wegen eines Leserbriefes zu dem bekannten Fall Schroth/Scharley, der im "Trierischen Volksfreund" am 20. Februar 1954 erschienen war, anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 10 Wochen zu DM 1000,- Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Pfarrer hatte - nachdem der Bundeskanzler 14 Tage zuvor zugegeben hatte, sich davon überzeugt zu haben, dass seine Informationen falsch waren - gefragt, ob mit dem offenen Rückzug des Bundeskanzlers denn bewiesen sei, dass die SPD keine Wahlgelder aus dem Osten erhalten habe. Er behauptete daraufhin, die Vermutung läge doch nahe, dass die Sowjetleute die SPD auch finanziell unterstützten, "damit ein solcher wertvoller Bundesgenosse nicht entkräftet wird".

Pfarrer Molitor wiederholte also, was Dr. Adenauer am 15. August 1953 auf einer CDU-Kundgebung in Frankfurt als Wahlbombe gegen die SPD herausgeschleudert hatte und was er fünf Monate später vor Gericht widerrufen musste. Der SPD-Vorstand stellte daher Strafantrag gegen Pfarrer Molitor, Schroth und Scharley schlossen sich als Nebenkläger an. Nach der Verhandlung am 2. September 1954 kam es also jetzt zur Verurteilung des Beleidigers.

Damit ist eigentlich eine geradezu groteske Situation eingetreten, die auch in weiten Kreisen der Öffentlichkeit - und vor allem wohl im Gebiet des verurteilten Pfarrers - Aufsehen erregt. Dr. Adenauer, der nach Inhalt und Tragweite seiner Behauptung erheblich weiterging, indem er Namen und Beträge nannte, beruft sich auf seine Immunität als Bundestagsabgeordneter und geht straffrei aus. Einer seiner Anhänger jedoch, den, wie der "Trierische Volksfreund" schrieb, "ein zu bedingungsloser Glaube an Adenauer leitete"; wird dafür empfindlich bestraft. Hier wird nochmals deutlich, dass die Taktik der Verleumdung politischer Gegner im Bundestagswahlkampf 1953 mit Hilfe von Fälschungen und Falschbeschuldigungen jeden gewöhnlichen Staatsbürger nach der geltenden Rechtsprechung monatelang ins Gefängnis bringen kann.

Pfarrer Molitor ist im eigentlichen Sinne ebenfalls ein Opfer der politischen Methoden des Bundeskanzlers. Dass er nicht glauben könne, dass der Bundeskanzler so unrecht gehandelt haben sollte, diene nicht nur ihm zur Entschuldigung, sondern war das enttäuschte Eingeständnis zahlloser Wähler, die in Zuschriften an die SPD ihrem Herzen Luft machten.

Es war der Fehler des verurteilten Pfarrers, so schreibt der "Frönerische Volksfreund", den "Kanzler in einer bestimmten Hinsicht überschätzt zu haben". Dem ist wohl nichts hinzuzufügen.

+ + +

Einzigiger Weg: Sozialisierung

h st.- Obwohl es ihnen oft nicht leicht fiel, waren die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in den vergangenen Jahren nicht nur mit Lohnforderungen, sondern auch mit ihren alten Grundsatzforderungen sehr zurückhaltend, weil sie den Wiederaufbau der Wirtschaft nicht stören wollten. Erst in diesem Jahre nach vollzogenen wirtschaftlichen Wiederaufstieg kam die längst fällige Lohnbewegung in Gang und wurde die Forderung nach Ausdehnung des Mitbestimmungsrechtes auf die Holdinggesellschaft in der Montan-Wirtschaft erhoben.

Mitte Januar 1952 hatte der Bundesvorstand des DGB allerdings daran erinnert, dass der Verwirklichung der Mitbestimmung die Überführung der Grundstoffindustrien Kohle und Eisen in Gemeineigentum folgen müsse, und die SPD hatte ihren vorläufigen Gesetzentwurf zur Sozialisierung der Montan-Wirtschaft bekanntgegeben. Mit Rücksicht auf die Wirtschaftsentwicklung blieb es bei den Plänen. Jetzt hat die IG Bergbau aber ihre alte Forderung neu aufleben lassen und in Bochum erklärt, die gesamte Bergbauwirtschaft müsse in Gemeineigentum übergeführt werden, weil dies die einzige Lösung sei, um den anstehenden technischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen gerecht zu werden. Entsprechende Pläne befänden sich in Vorbereitung.

Den Anstoß zu der Erklärung der IG Bergbau gab die Forderung des Unternehmerverbandes Ruhr-Bergbau nach Wiedereinführung differenzierter Löhne im Zusammenhang mit dem Problem der "Verlustzechen". Die IG Bergbau lehnte differenzierte Löhne und die ebenfalls bereits diskutierte Stilllegung dieser Zechen ab. Sie macht im wesentlichen die verfehlte Neuordnung für die gegenwärtige verfahrenere Situation verantwortlich und hält auf lange Sicht nur die Sozialisierung des gesamten Bergbaues für sinnvoll. Auch die Sorge der Kumpel um ihre Arbeitsplätze lässt sich nur so beseitigen.

Die Unternehmer haben auch aus einem anderen Grunde es auf ihre eigene Kappe zu nehmen, dass die Sozialisierung des Bergbaues nun wieder aktuell wird. Sie sind dafür eingetreten, rentable Unternehmen aus öffentlichem Besitz zu reprivatisieren, eine Absicht, gegen die sich die IG Bergbau mit besonderem Nachdruck wendet. Die Überführung der Zechen in Gemeineigentum würde schließlich auch eine weitere Überfremdung des deutschen Bergbaues verhindern, die in den letzten Monaten besorgniserregende Fortschritte gemacht hat. Wenn die jetzt noch unter alliierter Verkaufsaufsicht stehenden Zechen ebenfalls in ausländische Hände übergehen, würde das Ausland nahezu 40 % der deutschen Kohle kontrollieren. Insoweit ist die angekündigte Sozialisierung auch eine nationale Aufgabe, die das gesamte Volk angeht.

+ + +

Edens Erkundungsflug

sp - Mit fertigen Patentlösungen dürfte der britische Außenminister Eden bei seinem diplomatischen Erkundungsflug durch die Hauptstädte der Beneluxstaaten, Frankreichs und der Bundesrepublik seine Gesprächspartner wohl nicht beglücken. Ratlosigkeit, Verwirrung und Unsicherheit über die zunächst einzuschlagenden Schritte bestimmen noch das politische Klima Westeuropas; niemand von den verantwortlichen Staatsmännern, die so oft der Welt versichert hatten, dass es keinen anderen Weg als den über die EWG geben könne, hat eine Vorstellung davon, wie es nun weitergehen soll.

Adenauers in seiner Wahlrede in Neumünster erhobene Forderung nach Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO wird in Frankreich auf ebenso heftige Ablehnung stossen, wie die unglückselige EVG. Der Bundesrepublik müßte, selbst wenn der französische Widerstand sich überwinden ließe, was freilich nicht im Bereich der Möglichkeit liegt, zunächst "die volle Souveränität zugebilligt werden". Man weiß, was ihre Befürworter darunter verstehen: Die Freiheit der westdeutschen Wiederbewaffnung, das Verlangen, möglichst bald deutsche Divisionen aufstellen zu können, nachdem der Weg über die EVG dazu sich als Fehlspekulation erwies. Aber selbst die kühnsten Optimisten aus dem Professorenkollegium des Bundeskanzlers werden wohl kaum annehmen, dass Großbritannien sich hier zum Schrittmacher dieser Souveränitätsforderung hingeben wird. Der britische Außenminister ist nicht frei in seinen Entscheidungen, er wird die französische Haltung ebenso zu berücksichtigen haben, wie er die Strömung in der britischen Öffentlichkeit nicht übersehen kann, die sich heute mehr als je gegen jede Art von westdeutscher Wiederbewaffnung wendet.

Nach der Pariser Absage an die EVG blieb Großbritannien nichts anderes übrig als diplomatisch in die Bresche zu springen und von der zusammengebrochenen Europa-Konzeption des Westens zu retten, was eben noch zu retten ist. Sicherlich kommt diese britische Initiative allen Beteiligten höchst gelegen, wenngleich die Erwartungen, die man an sie knüpft, weit über das hinausgehen, was Großbritannien auf Grund seiner Sonderstellung tun kann. Vorsorglich ließ London verkünden, alle Vorstellungen einer britischen Mitgliedschaft in einer revidierten EVG seien illusorisch. Das ist besonders an die französische Adresse gerichtet, das gilt aber in noch stärkerem Masse für Bonn.

Dem nüchternen Realismus, der den viel erfahrenen langjährigen Außenminister Eden auszeichnet, wird es aber auch nicht entgehen, dass ohne stärkere Bindung Großbritanniens an den Kontinent das deutsch-französische Verhältnis und das französische Mißtrauen nicht entgiftet werden kann. Ob der Erkundungsflug Edens allein schon ausreichen wird, der für diesen Monat beabsichtigten Neun-Mächte-Konferenz eine tragfähige Verhandlungsbasis zu geben, ist angesichts des Scherbenhaufens, den die bisherige Deutschlandpolitik des Westens unter so tatkräftiger Mitwirkung Bonns hinterlassen hat, stark zu bezweifeln.